

74. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Mai 1961

205/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a c h u n z e, M i t t e n d o r f e r, S e b i n g e r  
und Gemossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,  
betreffend das österreichische Vermögen im Ausland.

-.-.-

Unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde in verschiedenen Staaten das Eigentum österreichischer Privatpersonen beschlagnahmt, und die Betroffenen waren nicht selten gezwungen, unter Zurücklassung ihres Besitzes das Aufenthaltsland zu verlassen und nach Österreich zurückzukehren. Der österreichische Staatsvertrag traf nun hinsichtlich des österreichischen Eigentums bestimmte Regelungen. Mit Ausnahme von Jugoslawien, sind die alliierten und assoziierten Staaten verpflichtet, österreichisches Eigentum freizugeben bzw. bei Liquidierung desselben den Liquidationserlös auszufolgen.

Seit Abschluss des Staatsvertrages sind nahezu sechs Jahre vergangen, und die Betroffenen warten noch immer auf eine entsprechende Regelung im Sinne des Staatsvertrages. Namhafte Vermögensverluste erlitten österreichische Staatsbürger in der CSR, Ungarn, Rumänien und Polen. Den unterzeichneten Abgeordneten ist bekannt, dass sich die zuständigen österreichischen Stellen seit Jahren um das Zustandekommen zwischenstaatlicher Verhandlungen bemühen, um die Vermögensfrage zu bereinigen. Diesen Bemühungen war aber offensichtlich bisher jeder Erfolg versagt.

Nun kann aber den Betroffenen nicht zugemutet werden, dass sie auf ihr ehrlich erworbenes Eigentum verzichten, und es wird daher immer wieder die Ansicht geäußert, die Republik Österreich lasse es an einem entsprechenden Nachdruck fehlen, um die Vermögensfrage zu bereinigen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e n :

- 1) Was gedenkt der Herr Bundesminister zu unternehmen, um die Einhaltung der Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages durch die alliierten und assoziierten Staaten zu erwirken ?
- 2) Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Nationalrat einen eingehenden Bericht über den Stand der Vermögensverhandlungen mit den verschiedenen Staaten zu erstatten ?

-.-.-.-